

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

im Europäischen Parlament bin ich für die EVP-Fraktion vorrangig in den Ausschüssen für regionale Entwicklung (REGI) sowie für Verkehr und Tourismus (TRAN) tätig und lege in meiner Arbeit einen besonderen Wert darauf, dass die Maßnahmen für die deutschen Kommunen im allgemeinen und für Berlin speziell ihre gewünschte Wirksamkeit entfalten.



Joachim Zeller MdEP

„Europa“ mag vielen weit erscheinen - es hat jedoch oft einen unmittelbaren Einfluss auf unser Leben und unsere Arbeit, weshalb ich dazu beitragen möchte, dass Ihnen der Überblick über die Entscheidungen im Europäischen Parlament erhalten bleibt.

Ich freue mich deshalb, dass ich Ihnen die neue Ausgabe des **EU-Kommunal - Nachrichten für Kommunen aus und für Europa** übersenden kann, eine Information der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Frühere Ausgaben des **EU-Kommunal** stehen Ihnen, wie auch die monatlichen Ausgaben meines Newsletters, auf meiner Internetseite zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Ihr Joachim Zeller

1. Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

Die UVP-Richtlinie wird umfassend überarbeitet. Alle interessierten Kreise, u.a. Bürger, Unternehmen und Kommunen sind im Rahmen einer Online-Konsultation aufgefordert, Vorschläge und Einschätzungen vorzutragen, die von der Kommission in die grundlegende Überarbeitung der Richtlinie einbezogen werden sollen. Die Konsultation betrifft u.a. die Projektauswahl für die UVP, die Qualität des UVP-Verfahrens, grenzüberschreitende Schwierigkeiten, die Rolle der Umweltbehörden und die Entwicklung von Synergien mit anderen EU-Politikfeldern wie Klimawandel, Energie und biologische Vielfalt. Ziel ist eine völlige Überarbeitung und Neufassung der UVP-Richtlinie im Jahr 2011.

Die UVP-Richtlinie stellt sicher, dass Vorhaben, die voraussichtlich bedeutende Auswirkungen auf die Umwelt haben, vor ihrer Genehmigung einer Prüfung unterzogen werden. Die Richtlinie gilt für eine große Anzahl öffentlicher und privater Projekte, z.B. Kraftwerke, Straßen, Eisenbahnstrecken, Abfallbeseitigungsanlagen, Industrieanlagen, Anlagen zur Energieerzeugung. Die UVP-Richtlinie wurde im Jahr 1985 verabschiedet und zwischenzeitlich mehrfach überarbeitet, zuletzt im Jahr 2003. Deutschland hat die Richtlinie mit dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung umgesetzt. (Quelle: <http://bundesrecht.juris.de/uvpg/index.html>)

Die Konsultation endet am 24. September 2010.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/901&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Der Online-Fragebogen (z.Zt. nur Englisch, soll aber in allen Amtssprachen veröffentlicht werden) unter

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/eia.htm>

Weitere Informationen zur UVP-Richtlinie unter

<http://ec.europa.eu/environment/eia/home.htm>

oder unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:1985L0337:20090625:DE:PDF>

2. Tourismus

Europa ist mit 370 Millionen Besuchern weltweit das wichtigste Tourismusziel. Mit einem koordinierten Konzept und einem Aktionsrahmen will die Kommission sicher stellen, dass auch künftig 40% der Touristen Europa als Reiseziel ansteuern. Zusätzliches Potential wird vor allem bei Touristen aus den aufsteigenden Volkswirtschaften China, Russland und Brasilien gesehen. In einer Kommissionsmitteilung werden insgesamt 21 Einzelmaßnahmen vorgeschlagen, die diesen Sektor in seiner Wettbewerbsfähigkeit steigern sollen. Vorgeschlagen werden u.a., die Tourismussaison durch die bessere Koordination der Schulferien zu verlängern und für Werbung in Drittländern eine Marke „Europa“ und ein Gütesiegel für Qualitätstourismus und Nachhaltigkeit einzuführen. Vorgeschlagen wird auch für Reisen in der Nebensaison ein Austauschprogramm für Jugendliche, Senioren, einkommensschwache Familien und Menschen mit Behinderungen.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/858&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Mitteilung der Kommission vom 16.07.2010 „Europa – wichtigstes Reiseziel der Welt: ein neuer politischer Rahmen für den europäischen Tourismus“ unter

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/files/communications/communication2010_de.pdf

3. European Tourism Day

Am 27.09.10 findet in Brüssel der "European Tourism Day" statt. An dem aus Anlass des Welt-Tourismus-Tages von der Kommission organisierten Treffen können insbesondere auch Vertreter kommunaler Körperschaften teilnehmen. Ein besonderer Fokus liegt auf den sog. "European Cultural Routes".

Das vorläufige Programm (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/document.cfm?action=display&doc_id=5953&userservice_id=1&request.id=0

Weitergehende Hinweise ab 19.07.10 unter

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item_id=4326&tpa_id=136&lang=de

4. Naturschutz

Die Kommission will im Herbst einen Masterplan zum Naturschutz vorlegen. Das erklärte ein Vertreter der Generaldirektion Umwelt bei einer Podiumsdiskussion in Berlin. In einem Masterplan sei auch zu berücksichtigen, dass auch zur wirtschaftlichen Schadensbegrenzung geschädigte Ökosysteme regeneriert werden müssen. Allein durch den Raubbau an den Fischbeständen beispielsweise hätten die europäischen Fischer jährlich einen Einnahmeausfall in Milliardenhöhe.

Weiteres unter

http://ec.europa.eu/environment/nature/index_en.htm

5. Elektromagnetische Felder

Die Gesundheitsgefahren elektromagnetischer Felder sind vergleichsweise gering. Zu diesem Ergebnis kommt ein Specialreport von Eurobarometer, der am 24.06.2010 von der Kommission veröffentlicht worden ist.

Einzelheiten (101 Seiten Englisch) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_347_en.pdf

6. Arbeitsplatz-Mobilität

Bei Arbeitslosigkeit wäre die Hälfte der Europäer bereit, in einem anderen Land zu arbeiten. Das macht eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage zu den Einstellungen der Europäer zur Arbeits- und Ausbildungsmobilität deutlich. Die zentralen Ergebnisse der Umfrage:

- 10% der Europäer geben an, dass sie in der Vergangenheit schon aus beruflichen Gründen im Ausland – innerhalb oder außerhalb der EU – (Deutschland und Österreich jeweils 8%) und 13% zu Aus- oder Weiterbildungszwecken (Deutschland 10%, Österreich 14%) gelebt haben.
- 17% der Europäer beabsichtigen, irgendwann in der Zukunft im Ausland zu arbeiten. Weit unter dem EU-Durchschnitt liegen Deutschland mit 11% und Österreich mit 8%.
- Arbeitslosigkeit ist ein gewichtiger Umzugsgrund: 48% der Europäer (Deutschland 48%, Österreich 37%) wären bereit, in eine andere Region oder in ein anderes Land zu ziehen, wenn sie arbeitslos würden.

Mit der Eurobarometer-Spezial-Umfrage wurden die Einstellungen der Europäer zur Mobilität und ihre persönlichen Erfahrungen erforscht. Derzeit leben 2,3% der EU-Bürger in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem eigenen.

Pressemitteilung vom 13.07.2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/932&format=HTML&aged=o&language=DE&guiLanguage=de>

Mitteilung vom 13.07.2010 (20 Seiten) „Bekräftigung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer: Rechte und wesentliche Entwicklungen“ unter

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=847&furtherNews=yes>

Eurobarometer-Spezial-Umfrage zur geografischen und beruflichen Mobilität – zusammenfassender Bericht unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_337_sum_de.pdf

7. Arbeitsmigration für Fachkräfte

Die Kommission will die Einreise und den Aufenthalt von Fachkräften aus Drittländern erleichtern. Multinationalen Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU sollen so die Möglichkeit erhalten, qualifizierte Drittstaatsangehörige (Führungs- und Fachkräfte, Trainees) in Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen in EU-Mitgliedstaaten zu entsenden. Die Kommission schlägt in einem Richtlinienentwurf dafür ein beschleunigtes Zulassungsverfahren vor (Verfahrensfrist von höchstens 30 Tagen, kombinierte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis). Diesen Arbeitnehmern und ihren Familien sollen zudem attraktivere Aufenthaltsbedingungen und eine bessere Freizügigkeitsregelung für Reisen innerhalb der EU geboten werden. Jeder Mitgliedstaat soll selbst festlegen können, wie viele konzernintern entsandte Arbeitnehmer er in sein Hoheitsgebiet zulassen will. Vorgesehen sind darüber hinaus Bestimmungen, mit denen sichergestellt werden soll, dass diese Entsendungen befristet sind (höchstens 3 Jahre für Fach- und Führungskräfte, 1 Jahr für Trainees).

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/931&format=HTML&aged=o&language=DE&guiLanguage=en>

8. Altersversorgung

Die Kommission hat ein Grünbuch zu den Pensions- und Rentensystemen in der EU vorgelegt und damit eine europaweite Debatte zur Zukunft der Altersvorsorge eröffnet. Gleichzeitig wurde eine Konsultation eingeleitet, mit der der europäische Rahmen für die Alterssicherung einer umfassenden Überprüfung unterzogen werden soll. 2008 standen in der EU jeder Person über 65 vier Personen im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) gegenüber. Bis 2060 wird dieses Verhältnis auf eins zu zwei sinken. Nach einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage rechnen 73% der EU-Bürger/innen mit einem geringeren Ruhestandseinkommen oder denken, dass sie länger arbeiten oder mehr eigenes Kapital fürs Alter ansparen müssen. Das Grünbuch untersucht eine breite Palette von Themen, wie zum Beispiel die Verlängerung des Arbeitslebens, den Binnenmarkt für Pensionen und Renten, die Mobilität von Pensionen und Renten innerhalb der EU, die Lücken in EU-Rechtsvorschriften, die zukünftige Solvenzregelung für Pensionsfonds und das Risiko der Arbeitgeberinsolvenz. Das Grünbuch enthält keine konkreten politischen Vorschläge, sondern will vielmehr zu einem breiten Meinungsaustausch aufrufen. Kritisch wurden aus Parlamentskreisen insbesondere die angedeutete Anhebung des Renteneintrittsalters und die Ankündigung aufgenommen, dass die zwischen den Tarifpartnern ausgehandelte betriebliche Altersversorgung einer europäischen Regulation bedürfe. Die Konsultation läuft bis 15.11.2010.

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/905&format=HTML&aged=o&language=DE&guiLanguage=en>

Grünbuch „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme,“ unter

http://www.bundesrat.de/cln_171/nn_8336/SharedDocs/Drucksachen/2010/0401-500/419-10,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/419-10.pdf

Umfassend Konsultationen und andere Dokumente der Kommission unter

http://ec.europa.eu/internal_market/pensions/commission-docs_de.htm

9. EU – Kulturpolitik

Es gibt eine Untersuchung zur EU-Kulturpolitik nach Lissabon. Zwar hat sich der kulturpolitische Gestaltungsrahmen nicht grundsätzlich geändert, d.h. der EU wird nur ein ergänzenden Beitrag zur Kulturförderung einräumt. Aber die bereits bestehende Kompetenz der Gemeinschaft zur Förderung der Kultur wird fortgeschrieben. Dazu gibt eine 28-seitige Ausarbeitung einen guten Überblick, die von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages vorgelegt worden ist.

Die Ausarbeitung unter

http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/EU-Kulturpolitik_nach_Lissabon.pdf

10. Justiz-Portal

Es gibt jetzt ein europäisches Justiz-Portal. Damit ist per online der Zugang zum Recht in der gesamten EU eröffnet. Auf über 12.000 Seiten enthält die Webseite in 22 Amtssprachen Informationen und Links über das Recht und die Rechtspraxis in allen Mitgliedstaaten.

- Bürgern kann das Portal Auskunft geben, wenn es um Dinge wie Scheidung, Tod, Rechtsstreitigkeiten oder Umzüge geht. Sie können nach einem Rechtsanwalt oder Notar in einem anderen Land suchen, sie können sich darüber informieren, wo sie Klage erheben müssen, welches Recht auf ihren Fall Anwendung findet und ob sie Anspruch auf Prozesskostenhilfe haben.
- Juristen können Rechtsdatenbanken konsultieren, Kollegen über das justizielle Netz kontaktieren und Informationen zu Schulungs- und Fortbildungsangeboten abrufen.
- Unternehmen können über das Portal auf Insolvenzregister und Grundbücher zugreifen sowie auf Informationen über geltende Rechtsvorschriften und grenzübergreifende Verfahren.

Anfang 2011 sollen Informationen über die Rechte von Opfern und Beklagten in allen EU-Mitgliedstaaten eingestellt werden, darunter auch Informationen über den Umgang mit Verkehrsdelikten in den einzelnen Ländern. Das Portal wird von der Kommission betrieben. Die Benutzung ist kostenfrei; es gibt aber auch links zu kostenpflichtigen, nationalen Seiten, für die es keine Übersetzung gibt.

Die Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/956&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das Portal unter

<https://e-justice.europa.eu/home.do?action=home&lang=de&sufix=4>

Eine Übersicht der bis Ende 2013 geplanten Maßnahmen unter

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/sto9/sto9714-re01.de10.pdf>

11. Rechtsbelehrung

In eine Straftat verwickelte Bürger sollen im EU-Ausland in ihrer Muttersprache eine Rechtsbelehrung erhalten. Verhaftete EU-Bürger sollen schriftlich über ihre Rechte, wie Anspruch auf einen Anwalt und Dolmetscher aufgeklärt werden. Jeder Mitgliedstaat kann den Wortlaut der Rechtsbelehrung selber festlegen, die Kommission hat jedoch einen Vorschlag in 22 EU-Sprachen vorgestellt. Durch die zunehmende Reisefreude der Europäer steigt die Zahl der in Strafverfahren verwickelten EU-Bürger. 47% der Deutschen, 34% der Briten und 16% der Italiener verbringen ihren Urlaub im EU-Ausland. Allein 8 Millionen Verfahren waren in den letzten Jahren EU-weit anhängig. Um zu einer Rechtsvorschrift zu werden, muss der Vorschlag vom Parlament und dem Rat gebilligt werden. Von Deutschland wurde die Erklärung im Januar und von den Niederlanden im April eingeführt. Nach einer 2009 von der Universität Maastricht durchgeführten Erhebung übermitteln

neun weitere Länder Informationen in einer anderen schriftlichen Form (z.B. auf der Rückseite der Strafanzeige) und sechs informieren mündlich.

Die Pressemitteilung mit dem Vorläufigen Muster der Erklärung der Rechte, die Verdächtigen und Beschuldigten bei einer Festnahme auszuhändigen ist, unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/989&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

12. Verbrechenopfer

In der EU sollen die Rechte von Verbrechenopfern verbessert werden. Dazu hat die Kommission eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Gefragt wird u.a.:

- Sind die Opfer vor Vergeltungsmaßnahmen geschützt und wie wird der Kontakt mit dem Täter verhindert?
- Findet nach der Tat eine langfristige physische und psychologische Betreuung statt?
- Erfolgt nach der Tat eine praktische Unterstützung bei Schadensersatzforderungen oder Bestattungsvorkehrungen?
- Müssen Opfer etwaige Schadensersatzforderungen persönlich geltend machen und die betreffende Entscheidung durch Kontaktaufnahme zum Täter selbst durchsetzen?

Die Konsultation richtet sich insbesondere auch an einzelne Bürger und Organisationen, die sich mit Opfern von Kriminalität und Gewalt auf lokaler Ebene befassen. Auf der Grundlage der Antworten beabsichtigt die Kommission, in der ersten Hälfte des Jahres 2011 ein Paket von Maßnahmen zu verabschieden, darunter eine Richtlinie über Mindestnormen. Die Konsultation läuft bis 30. September 2010.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/953&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Fragebogen mit 17 Fragen unter

http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/0053/consultation_questionnaire_de.doc

Das Konsultationspapier (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/news_consulting_0053_en.htm

13. Erneuerbare Energien

Der Anteil erneuerbarer Energien steigt weiter, auf jetzt 10,3% des Bruttoendenergieverbrauchs; 2007 betrug er 9,7% und 2006 erst 8,8%. Nach der 2009 verabschiedeten Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen soll der Wert im Jahr 2020 20% der benötigten Energie erreichen, wobei für alle Mitgliedstaaten Einzelziele festgelegt worden sind. Deutschland lag 2008 bei 8,9% (2006 bei 6,9% und 2007 bei 9,0%) und muss bis 2020 auf 18%, Österreich lag 2008 mit der EU-weit höchsten Zuwachsrate bei 28,5% (2006 bei 24,8% und 2007 bei 26,6%) und muss bis 2020 auf 34% kommen. Quellen für erneuerbare Energie sind Solarenergie, thermische und fotovoltaische Energie, Energie aus Wasserkraft; Windenergie, geothermische Energie und Energie aus Biomasse. Die aus diesen Quellen stammende, an die Endverbraucher (Industrie, Verkehr, Haushalte, Dienstleistungen usw.) gelieferte Energie, bildet den Zähler bei der Berechnung des 20%-Ziels.

Pressemitteilung der Kommission vom 13.07.2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/103&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

14. Steuern

Die Abgabenquote in der EU27 lag 2008 mit 39,3% um mehr als ein Drittel über dem Niveau in den USA (26,9%) und Japan (28,3%). Die Abgabenquote, das ist das Verhältnis von Steuern zum BIP, misst die Gesamtabgabenbelastung der Steuern und tatsächlichen Pflichtsozialbeiträge in Prozent des BIP. Die Abgabenquote unterscheidet sich jedoch stark zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Von 48,2% in Dänemark bis zu 28,0% in Rumänien reicht die Abgabenquote; Deutschland 39,3% und Österreich 42,8%.

Die größte Quelle des Steueraufkommens in der EU27 sind Steuern auf Arbeit (40% des Steueraufkommens), gefolgt von Konsumsteuern (rd. 25%) und Kapitalsteuern (knapp über 20%). Der durchschnittliche Steuersatz auf Arbeit lag in der EU27 bei 34,2% (Deutschland 39,2%, Österreich 41,3%), auf Konsum bei 21,5% (Deutschland 19,8%, Österreich 22,1%) und auf Kapital bei 26,1% (Deutschland 23,1%, Österreich 27,3%).

Der durchschnittliche Normalsatz der Mehrwertsteuer lag 2010 in der EU27 bei 21%; England 17,5%, Spanien 18%, Deutschland und Niederlande 19%, Frankreich 19,6%, Italien und Österreich 20%, Belgien 21%, Polen 22%, Griechenland 23%, Dänemark und Schweden 25%.

Der Spitzensatz für die Einkommenssteuer lag 2010 in der EU27 bei 37,5%; Polen 32%, Spanien 43%, Griechenland 45%, Italien 45,2%, Frankreich 45,8%, Deutschland 47,5%, Österreich und England 50%, Dänemark 51,5%, Niederlande 52%, Belgien 53,7% und Schweden 56,4% - Bulgarien 10%, Tschechien und Litauen 15%.

Der Spitzensatz der Körperschaftssteuer lag 2010 in der EU27 bei 23,2%; Griechenland 24%, Dänemark und Österreich 25%, Niederlande 25,5%, Schweden 26,3%, Polen 26,5%, England 28%, Deutschland 29,8%, Spanien 30%, Italien 31,4%, Belgien 34% und Frankreich 34,4% - Bulgarien und Zypern 10%.

Weitere Einzelheiten in der Pressemitteilung von Eurostat unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/95&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich unter

http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_2368/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht_des_BMF/2010/04/analysen-und-berichte/bo3-die-wichtigsten-steuern/die-wichtigsten-steuern-im-internationalen-vergleich-2009.html

15. Nachhaltige Verkehrsentwicklung

Das Parlament hat für eine nachhaltige Zukunft im Verkehrsbereich messbare Ziele vorgeschlagen, die bis 2020 erreicht werden sollen, u.a.

- die Zahl der Toten und Schwerverletzten bei aktiven und passiven Straßenverkehrsteilnehmern um 40% zu reduzieren;
- die Anzahl der Lkw-Stellflächen auf dem TERN-Netz in jedem Mitgliedsstaat um 40% zu erhöhen;
- die Anzahl von Bus-, Straßenbahn- und Bahnpassagieren (sowie ggf. Schiffspassagieren) zu verdoppeln;
- die Finanzierung von fußgänger- und fahrradfreundlichen Verkehrskonzepten um 20% zu steigern;
- die CO₂-Abgase im Straßenverkehr um 20% zu reduzieren;
- den Energieverbrauch der Schienenfahrzeuge gemessen am Wert von 2010 um 20% zu reduzieren;
- den Dieserverbrauch im Eisenbahnverkehr durch gezielte Investitionen in die Elektrifizierung der Eisenbahninfrastruktur um 40% zu reduzieren;
- den CO₂-Ausstoß im Luftverkehr im gesamten Luftraum der EU bis 2020 um 30% zu verringern.

Die Entschließung soll von der Kommission bei der Abfassung des für Ende 2010 vorgesehenen Verkehrsweißbuches berücksichtigt werden. Die Entschließung des Parlaments unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0260+0+DOC+XML+Vo//DE&language=DE>

16. Intelligente Verkehrssysteme

Das Parlament hat die Richtlinie zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme (IVS) verabschiedet. Die neue Richtlinie solle die europaweite Einführung innovativer Verkehrstechnologien beschleunigen. Als oberste Prioritäten werden bis 2012/2013 Echtzeitverkehrs- und Reiseinformationsdienste, flächendeckende Einführung des eCall-Notrufsystem sowie intelligente Einparkhilfen und Reservierungsdienste für Lastkraftwagen angesehen. Der weitere Zeitplan sieht für 2010 die Einrichtung eines IVS-Ausschusses und einer IVS-Beratergruppe und für 2011 die Verabschiedung eines Arbeitsprogramms durch die Kommission und Vorlage eines ersten Berichts über die Aktivitäten der Mitgliedstaaten vor.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/891&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die EntschlieÙung des Parlaments vom 06.07.2010 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0258+0+DOC+XML+Vo//DE&language=DE>

17. Recht auf Internet

Die Finnen haben ein Recht auf einen schnellen Internetzugang. Die Internetanbieter haben in Finnland die Pflicht, jedem Einwohner bei der Übertragung von Daten eine Geschwindigkeit von einem Megabyte/s zu gewährleisten. Rechtsgrundlage ist eine neue Universaldienst-Verpflichtung für Telekommunikationsunternehmen, die am 1. Juli in Kraft getreten ist. Die Unternehmen müssen nun jedem Kunden einen modernen Breitbandanschluss liefern - ganz egal wo dieser Kunde seinen dauerhaften Wohnsitz hat.

Weiteres (Englisch) unter

<http://www.vn.fi/ajankohtaista/tiedotteet/tiedote/en.jsp?oid=301979>

18. Infarktprävention

Täglich zwei Äpfel (300 Gramm) verringern das Risiko eines Herzinfarktes. Das hat ein mit EU-Mitteln gefördertes Forschungsprojekt ISAFRUIT heraus gefunden. Ursächlich ist eine 10%ige Minderung des Cholesterin im Blut, mit dessen Anstieg die Gefahr eines Schlaganfalls oder Herzinfarkts zunimmt.

Pressemitteilung (Englisch) unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/301&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

19. Schülerkalender

EU-weit ist ein Wettbewerb zur Gestaltung des Schülerkalenders 2011/2012 ausgeschrieben worden. Der von der Stiftung „Generation Europa“ ausgelobte Wettbewerb soll Menschen im Alter von 16 bis 18 Jahren in allen Mitgliedstaaten ansprechen. Bei den Wettbewerbsbeiträgen geht es um die Gestaltung des Umschlags. Der Urheber der besten Einsendung gewinnt 1.000 €. Einsendeschluss ist der 13. November 2010.

Die Wettbewerbsbedingungen unter

<http://www.europadiary.eu/page.asp?menuID=70>

Weitere Informationen unter
<http://www.europadiary.eu/page.asp?menuID=59>

Der kostenlose EU-Schülerkalender für 2010/2011 ist in sämtlichen EU-Sprachen erhältlich, in diesem Jahr sogar auf Latein!
Der Kalender kann bestellt werden unter
<http://www.europadiary.eu/orderform.asp>

20. Verbraucherschutz – Förderung

Die Agentur für Verbraucherschutz vergibt Betriebskostenzuschüsse an Verbrauchereinrichtungen. Es muss sich um unabhängige, nicht gewinnorientierte Einrichtungen bzw. Nicht-Regierungsorganisationen handeln, deren Hauptziel der Schutz der Gesundheit, Sicherheit und wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher ist. Projektvorschläge müssen bis zum 27. September 2010 eingereicht werden.

Weiteres (Englisch) unter
http://ec.europa.eu/eahc/consumers/consumers_calls.html

21. Krankenversicherungskarte

188 Mio. EU-Bürger haben eine Europäische Krankenversicherungskarte. Damit wird den Urlaubern/Reisenden der gleiche Zugang zur Versorgung im Gesundheitswesen geöffnet, wie Staatsangehörige des Landes, welches sie besuchen. Eine geplante Behandlung bedarf allerdings der vorherigen Genehmigung. Die kostenlose Versicherungskarte gibt es bei der örtlichen Gesundheitsbehörde des Heimatlandes.

Weiteres unter
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=566&langId=de>

EU-Kommunal - Nachrichten für Kommunen aus und für Europa

Eine Information der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament | Ausgabe: Juli 2010

Herausgeber: Joachim Zeller MdEP

Kontakt (Brüssel): EP-Brüssel, ASP 15 E 258, Rue Wiertz 60, B - 1047 Brüssel, Tel. 00 32 22 / 84 59 10

Kontakt (Berlin): Büro beim Deutschen Bundestag, Wilhelmstraße 60, 11011 Berlin, Tel. 030 / 22 77 10 00